

100 Jahre Volkshochschule – Grundzüge der historischen Entwicklung

Gründungsphase

Die ersten Gründungen von Volkshochschulen zu Beginn des 20. Jahrhunderts sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels und einer reformpädagogischen Erneuerungsbewegung. Ausgangspunkt sind unter anderem Universitäten, die wissenschaftliche Erkenntnisse auch nicht-akademischem Publikum zugänglich machen wollen. Kirchliche und sozialistische Vereinigungen fühlen sich einer Erwachsenenbildung spezieller weltanschaulicher Prägung verpflichtet. Gelegentlich stehen auch Unternehmen Pate. Die Idee, Bildung für alle und lebenslang, wird erstmals systematisch und dauerhaft von Volkshochschulen realisiert.

1919

Konrad Hänisch, Preußischer Minister für Volksbildung, am 25. Februar: „[...] Das Ministerium wünscht Mitteilungen über jede zweckmäßige, insbesondere gemeindliche Förderung der Volkshochschulbewegung [...]. Es hofft, dass die deutsche Volkshochschule als freie Volksbewegung zu ihrem Teil beitragen wird zur Wiedergeburt unseres Volkes.“ Dieser Erlass bereitet die Gründung vieler Volkshochschulen in Preußen vor.

Die Weimarer Verfassung vom 11. August greift die Förderung der Volksbildung in Artikel 148, Abs. 4 auf: „**Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden.**“ **Damit erhielten die Volkshochschulen erstmals in der deutschen Geschichte Verfassungsrang.** Die öffentliche Verantwortung für die Weiterbildung löst eine Welle von Volkshochschulgründungen aus, 130 allein im Jahr 1919.

Allgemeinbildende Angebote zu Kunst und Kultur, zu gesellschaftspolitischen Diskursen aber auch zur beruflichen Weiterqualifizierung prägen das Angebot. Wichtiger pädagogischer Antrieb ist, nicht belehrend zu agieren, sondern die Teilnehmenden zu befähigen, sich Neues selbst zu erschließen bzw. sich eine eigene Meinung zu bilden. Im ersten Jahrzehnt werden an einigen Einrichtungen auch eigene Abteilungen zu speziellen Bildungsthemen wie Gesundheit und Bewegung oder zur Frauenbildung ins Leben gerufen. In den 1920er Jahren gründen sich erste vhs-Dachorganisationen und -Serviceeinrichtungen.

Ab 1933

Die Nationalsozialisten beginnen unverzüglich damit, das Volkshochschulwesen von Grund auf umzubauen. Es wird zentralisiert und 1934 als „Deutsches Volksbildungswerk“ dem Reichsschulungsamt der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront unterstellt. Der Name „Volkshochschule“ wird von den Nationalsozialisten vielfach ersetzt, etwa durch „Volksbildungsstätte“. Die inhaltliche Ausrichtung der Veranstaltungsprogramme entsprach dieser organisatorischen „Gleichschaltung“. Diese war verbunden mit einer Entlassungswelle von vhs-Mitarbeiter*innen. Einzelne leisteten Widerstand, wurden verfolgt und ermordet oder gingen ins Exil.

Nach 1945

Die zweite große vhs-Gründungswelle erfolgt unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Bereits im Sommer 1945 entstehen erste zivilgesellschaftliche Initiativen zur Gründung neuer oder ehemaliger vhs. Der Alliierte Kontrollrat veröffentlichte am 28.10.1947 die Direktive Nr. 56 mit „Grundlegenden Richtlinien für Erwachsenenbildung in Deutschland“. Ziel war es „tätige Helfer für die demokratische Erziehung Deutschlands heranzubilden.“

Bereits 1946 wird durch den Befehl Nr. 22 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) das „Statut der Volkshochschulen in der Sowjetischen Besatzungszone“ zum Gesetz erhoben. Es bildet die Grundlage für den Aufbau der Weiterbildungsstrukturen in der späteren DDR und prägt als politischer Überbau die „antifaschistische“ Bildungsarbeit bis in die 1960er Jahre hinein. Neben beruflicher Fortbildung bieten die Volkshochschulen in der DDR vor allem die Möglichkeit, einen formalen Bildungsabschluss als Studienzugangsberechtigung nachzuholen.

In den westdeutschen Volkshochschulen dominieren in dieser Zeit vor allem allgemeinbildende Angebote, die durch berufliche und nachholende Bildungsgänge ergänzt werden. In den späten 1960er und den 1970er Jahren wird die Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik als eigenständige Säule des Bildungswesens in Weiterbildungsgesetzen der Länder verankert. Anschließend beginnen die vhs, ihr Angebot weiter zu systematisieren und auszudifferenzieren, etwa durch die Entwicklung spezieller Zielgruppenangebote. Die Programmviefalt wächst.

Nach 1990 bis heute

Anfang der 1990er Jahre gelingt es innerhalb von wenigen Jahren, unter den ehemaligen DDR-vhs einen Reformprozess in Gang zu setzen und sie in kommunaler Verankerung als Einrichtungen mit starkem demokratischem Selbstverständnis fortzuführen. Spätestens mit Beginn des 21. Jahrhunderts spielen die vhs eine gewichtige integrationspolitische Rolle. Mit Einführung des Integrationskurses als dem zentralen Bildungsinstrument in der Zuwanderungsgesellschaft werden vhs zu dessen bundesweit stärkstem Anbieter.

Im Jubiläumsjahr stellt vor allem die Digitalisierung aller Lebensbereiche neue Anforderungen auch an die vhs. Ihre Antwort ist die Strategie der „Erweiterten Lernwelten“. Mit der vhs.cloud steht den Volkshochschulen eine gemeinsame digitale Lern- und Kooperationsplattform zur Verfügung.